

Weichenstellung für die wohnortnahe Versorgung



KZVB-Kampagne zur Bundestagswahl am 23. Februar

„Wählen Sie Gesundheit“ – mit diesem Slogan weist die KZVB auf die Zusammenhänge zwischen politischen Entscheidungen und der wohnortnahen Versorgung hin. Das Plakat kam auch in anderen KZV-Bereichen gut an und wurde mehrfach nachgedruckt. Gerne können Sie weitere Exemplare unter presse@kzvb.de bestellen.

Der Ausgang der Bundestagswahl am 23. Februar entscheidet darüber, ob es weiterhin eine wohnortnahe zahnmedizinische Versorgung geben wird. Deshalb hat die KZVB die Kampagne „Wählen Sie Gesundheit gestartet“. Das entsprechende Plakat hängt bereits seit Weihnachten in viele bayerischen Praxen – und regt Patienten zum Nachdenken an.

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist die KZVB selbstverständlich zu politischer Neutralität verpflichtet. Sie darf sich nicht für oder gegen bestimmte Parteien aussprechen. Aber: Sie darf und muss auf die Zusammenhänge zwischen politischen Entscheidungen und dem Sicherstellungsauftrag hinweisen. Und die sind unübersehbar.

Zahnmedizinische Versorgung gefährdet

Die Niederlassungsbereitschaft hat ein Rekordtief erreicht. Gleichzeitig erreicht

fast ein Viertel der bayerischen Vertragszahnärzte bis 2028 das Ruhestandsalter. Die meisten von ihnen werden keinen Nachfolger für ihre Praxis finden, wenn es keinen fundamentalen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik gibt. „Das Rückgrat der Versorgung im ländlichen Raum bilden Einzelpraxen und kleinere Gemeinschaftspraxen. Wenn sie nicht stärker in

den Fokus der Gesundheitspolitik rücken, gehen in weiten Teilen Bayerns versorgungstechnisch die Lichter aus“, betont der KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott. Dessen Stellvertreterin Dr. Marion Teichmann ergänzt: „Mir ist wichtig, dass die Politik später nicht sagen kann, sie habe von nichts gewusst. Durch unsere Kampagne machen wir klar, was passiert, wenn jetzt nichts passiert.“ Dr. Jens Kober, Mitglied des Vorstands, meint: „Die Selbstverwaltung in Bayern konnte Budgetüberschreitungen bei den großen Kassen gerade noch verhindern. Aber die Budgetierung muss nach der Wahl umgehend abgeschafft werden. Sonst entscheidet sich bald gar kein junger Kollege mehr für die Gründung oder Übernahme einer Praxis.“



Der Mangel wird sichtbar: In einigen Teilen Bayerns wurden zum Jahresbeginn Notdienst-Bereiche zusammengelegt. Die KZVB begründet dies mit Praxisschließungen. Noch gibt es deshalb keinen öffentlichen Aufschrei. Fotos: KZVB

Insgesamt hat die KZVB sieben Kernforderungen an die künftige Bundesregierung. Diese sind auch auf der Website kzvb.de/bundestagswahl veröffentlicht. Wählerinnen und Wähler, die sich intensiver mit den gesundheitspolitischen Forderungen der Parteien auseinandersetzen möchten, können sich dafür des „Wahl-O-Mats“ bedienen. Auf der Website bpd.de kann man anhand verschiedener Thesen Wahlpro-

Die Anti-Stress-Bank für Ihre Praxisgründung

Grundvertrauen statt Gründungsstress



Infos und Beratung unter:
www.mediservbank.de



gramme vergleichen und so seine Entscheidung treffen. Hilfreich ist es sicher auch, wenn der ein oder andere Zahnarzt oder Patient die Kandidaten in seinem Wahlkreis befragt, wie sie die wohnortnahe Versorgung sichern wollen.

Leo Hofmeier

Sieben Kernforderungen:

1. Angemessene Honorierung
2. Weniger Bürokratie
3. Funktionierende TI
4. Regulierung Medizinischer Versorgungszentren
5. Starke Selbstverwaltung
6. Erhalt der Freiberuflichkeit
7. Mehr Unterstützung für den Nachwuchs